

After-Work-Party in Lübeck: Feier trotz Finanzkrise sorgt für Zoff!

Bürgermeister Jan Lindenau plant eine After-Work-Party für die Lübecker Stadtverwaltung im September, trotz finanzieller Herausforderungen.



Lübeck, Deutschland - Der Bürgermeister von Lübeck, Jan Lindenau (SPD), hat kürzlich die Planung für eine After-Work-Party für die Stadtverwaltung bekanntgegeben, die Anfang September stattfinden soll. Diese Veranstaltung wird trotz der angespannten finanziellen Lage und der negativen Haushaltsprognosen organisiert. Der genaue Ort und die Zeiten bleiben aus Sicherheitsgründen ungenannt. Diese Entscheidung sorgt für Diskussionen innerhalb der politischen Landschaft, insbesondere mit der FDP, die bereits im Juni eine Anfrage zu den finanziellen Rahmenbedingungen der Feier gestellt hat. **LN-online** berichtet, dass die Kosten der Veranstaltung im Rahmen der Vorjahre liegen werden, wobei die After-Work-Party im letzten Jahr 42.887 Euro (ca. 28 Euro pro Person) kostete und

von 1515 Beschäftigten besucht wurde.

Die Ankündigung der Party erfolgt in einem Kontext hoher Defizite, die im Lübecker Haushalt verzeichnet werden. Im Jahr 2024 schloss der Haushalt mit einem Defizit von nahezu 95 Millionen Euro. Zudem erließ Lindenau am 15. Juli 2024 eine Haushaltssperre. FDP-Fraktionschef Thorsten Fürter hat in der Bürgerschaft Bedenken geäußert und gefragt, ob es vertragliche Vorkehrungen für eine mögliche Absage der Veranstaltung bei einer Haushaltssperre gäbe. Die Absage der Party im vergangenen Jahr hätte eine fünfstellige Vertragsstrafe nach sich gezogen, was die Organisation unter Druck setzte.

Politische Reaktionen

Die Reaktionen auf die bevorstehende Veranstaltung sind gemischt. Während die SPD-Fraktion die Kritiken der FDP nicht nachvollziehen kann, sieht sie die After-Work-Party als eine wichtige Maßnahme zur Wertschätzung und Motivation der Mitarbeiter. Frank Zahn, ein Mitglied der SPD-Bürgerschaft, kritisiert die Angriffe von CDU, FDP und Grünen auf die Stadtverwaltung und hebt hervor, dass Teambuildingmaßnahmen zur Mitarbeiterbindung und -motivation in Zeiten des Fachkräftemangels unerlässlich seien. Zudem argumentiert er, dass Aktionen zur Mitarbeitergewinnung von einer Haushaltssperre ausgenommen seien und die After-Work-Party als angemessen betrachtet werden sollte **HL-live**.

Die SPD betrachtet die Anfrage der FDP zudem als Ausdruck von Misstrauen gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Dieses Misstrauen könnte in Zeiten bereits bestehender Herausforderungen in der Verwaltung, wie etwa dem Fachkräftemangel, zusätzlichen Druck erzeugen. Zahn fordert ein Ende der Stimmungsmache gegen die Verwaltung, die nicht nur die Mitarbeiter demotivieren, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb der Behörde beeinträchtigen könnte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die geplante After-

Work-Party in Lübeck nicht nur ein gesellschaftliches Ereignis darstellt, sondern auch ein politisches Signal sendet, das in der aktuellen finanziellen Situation besonders viel Aufmerksamkeit auf sich zieht. Dennoch haben bereits viele Beschäftigte der Stadtverwaltung die Veranstaltung als eine Möglichkeit der Wertschätzung und des Austausches begrüßt.

Details	
Ort	Lübeck, Deutschland
Quellen	• www.ln-online.de • www.hl-live.de

Besuchen Sie uns auf: mein-leipzig.net